K4-791: GRÜN WÄHLEN UND BAYERN LEBEN

Antragsteller*innen Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land)

Von Zeile 790 bis 794:

Vertrauensverhältnis zwischen Bürger*innen und Polizei. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz reformieren wir, ~~dessen Kontrolle durch das Parlament stärken wir. Es soll eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um aktuelle Gefahren für die Demokratie rechtzeitig und umfassend zu erkennen.~~indem wir seine Aufgaben auf zwei Institutionen aufteilen. Zum einen das bestehende LfV, das in Zukunft ausschließlich für die notwendigen nachrichtendienstlichen Tätigkeiten im Inland zuständig ist und deutlich engerer parlamentarischer Kontrolle als bisher unterliegt. Und zum anderen eine neu zu schaffende, vom Innenministerium unabhängige und nur dem Parlament zu Rechenschaft verpflichtete, sowie wissenschaftlich arbeitende Institution, die öffentlich verfügbare Quellen auswertet und jährlich öffentlich über demokratiefeindliche Bestrebungen im Freistaat Bericht erstattet.

Begründung

Die Problematik des LfV ergibt sich einerseits durch die derzeit ungenügende parlamentarische Kontrolle, andererseits dadurch, dass in den öffentlichen Verfassungsschutzberichten vor allem die politische Meinung des Innenministeriums reproduziert wird. So werden zum Beispiel immer wieder legitime Proteste für Klimaschutz unter den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gestellt, während die klar an extrem rechte Ideologie anknüpfende "Querdenken"-Szene nur eine geringe Erwähnung findet und generell verharmlost wird.
Diese beiden Probleme werden durch die vorgeschlagene Reform gelöst: das LfV ist nur noch für die nachrichtendienstlich notwendigen Tätigkeiten im Inhland zuständig und erfährt eine engere parlamentarische Kontrolle als bisher. Für die öffentliche Berichterstattung über demokratiefeindliche Bestrebungen im Freistaat wird eine neue, vom Innenministerium unabhängige Institution geschaffen. Diese ist nur dem Parlament rechenschaftspflichtig, arbeitet wissenschaftlich (unterlässt es somit also, mit wissenschaftlich nicht haltbaren Theorien wie der Extremismustheorie zu arbeiten) und werten ausschließlich öffentlich verfügbare Quellen aus. Über diese Arbeit wird der Öffentlichkeit einmal jährlich Bericht erstattet.

Mit dieser Reform werden sicherlich nicht alle Probleme inländischer Geheimdienstarbeit gelöst, aber sie ist eine gute Grundlage, um die Abwehr von Angriffen auf die Demokratie auf neue Füße zu stellen.

Unterstützer*innen

Simon Wagner (KV Würzburg-Land), Jannik Nörpel (KV Würzburg-Land), Frank Emmert (KV Würzburg-Land), Philipp Steffen (KV Fürth-Stadt), Theresa Eberlein (KV Regensburg-Stadt), Zeliha Durmus (BV Grüne Jugend), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt)